



Unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit

AfD-Fraktionsvorsitzender Parteigänger extrem rechter, revanchistischer Auffassungen

Zu Meldungen, wonach der Fraktionsvorsitzende der AfD, Björn Höcke, die Strafrechtsparagrafen 130 und 86 infrage gestellt habe, erklärte die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, Katharina König:

„Wer die Abschaffung der Paragraphen zu Volksverhetzung und zu verfassungsfeindlichen Symbolen will, dem muss man unterstellen, sich selbst als Parteigänger extrem rechter und revanchistischer Auffassungen zu offenbaren.“

Ähnlich wie Höcke argumentierten auch bekennende Neonazis, wie unlängst bei einer Thügida-Veranstaltung der Gebietsleiter der Europäischen Aktion, Axel Schlimper, der die Abschaffung des Volksverhetzungsparagrafen forderte. Der NPD-Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, bezeichnete in seiner Rede zur Begründung eines Antrags auf Abschaffung des § 130 StGB diesen als totalitäre und dogmatische Einschränkung der Meinungsfreiheit. Höcke müsse sich genau wie dieser entgegenhalten lassen, was die damalige Präsidentin des Schweriner Landtags, Sylvia Bretschneider, im Namen aller übrigen Fraktionen ausführte: „Das, was Sie mit Ihrem Antrag wollen, legt die Axt an zentrale Werte unserer Gesellschaft. Sie wollen entweder selbst oder stellvertretend über Ihnen nahe stehende Gruppen diese Werte mit Füßen treten.“

Die derzeitige Fassung des Volksverhetzungsparagrafen und der Regelung zum Verwenden von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Symbole fuße maßgeblich auf den Erfahrungen mit den Verbrechen des Nazi-Regimes und Sorge dafür, dass deren Verherrlichung oder Propagierung menschenfeindlicher und rassistischer Anschauungen nicht geduldet und mit Strafe bedroht werde. „In der Tat ist politisch motiviertes Strafrecht abzulehnen, wer aber unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit Naziorganisationen verherrlicht oder die Shoa leugnet, der will Opfer verhöhnern und Hass schüren. Das soll und wird strafrechtlich geahndet werden“, betonte Katharina König.

**Da waren´s nur noch acht:
Bereits drei Abgeordnete haben
AfD-Landtagsfraktion verlassen**

Höckes Äußerungen reihten sich nahtlos ein in die vorangegangenen zumeist als Entgleisungen oder Missverständnisse apostrophierten Vorfälle um den AfD-Fraktionsvorsitzenden, sei es geäußertes Verständnis für NPD-Mitglieder oder sei es ein Interview in ausgewiesenen Publikationen der sogenannten „Neuen Rechten“.

„Inzwischen sollte jedes Mitglied der Thüringer AfD und deren Landtagsfraktion erkannt haben, wes Geistes Kind Herr Höcke ist. Wer an dieser Stelle nicht die entsprechenden Konsequenzen zieht, muss sich nicht wundern, in

Zukunft in eine Reihe mit Holocaustleugnern und Neonazis gestellt zu werden“, sagte die Abgeordnete der Linksfraktion.

Der AfD-Bundesvorstand hatte entschieden, den Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzenden seiner Parteiämter zu entheben. Der dazu gefasste Beschluss werde jetzt an das Landesschiedsgericht übermittelt, hieß es. Anlass für das Vorgehen waren Höckes Äußerungen, wonach nicht jedes NPD-Mitglied als extremistisch eingestuft werden könne. Am 29. Mai hatte mit Jens Krumpe bereits der dritte AfD-Landtagsabgeordnete die Fraktion verlassen, sodass von den ursprünglich elf Abgeordneten der Fraktion jetzt noch acht übrig sind. Ein entsprechender Antrag sei im Landtag eingegangen, hatte Landtagspräsident Carius bestätigt. Als Begründung gab Krumpe an, dass Fraktionsvorsitzender Höcke autoritär herrsche und eine rechtsnationale Neuausrichtung der Partei betreibe.

Bereits im April war Siegfried Gentle aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen worden. Am 26. Mai hatte Oskar Helmerich gegenüber der Landtagsverwaltung seinen Austritt erklärt. Auch er galt als Kritiker des nationalkonservativen Fraktionschefs. Die drei ehemaligen Mitglieder der AfD-Fraktion sitzen nun als fraktionslose Abgeordnete im Landtag. Würde die Geschäftsordnung entsprechend geändert, könnten sie als Gruppe anerkannt werden, so ein Landtagssprecher. ■

AKTUELL

Sozialgericht Gotha gegen Sanktionsregelungen

„Leider passiert es sehr selten, dass Sozialgerichte die Courage haben, verfassungswidrige Regelungen und Praktiken im Rahmen des SGB II („Hartz IV“)-Vollzugs beim Namen zu nennen und zu monieren, umso wichtiger ist die Entscheidung des Sozialgerichts Gotha, die Sanktionsregelungen zur Kürzung von Hartz-IV-Leistungen beim Bundesverfassungsgericht zur Prüfung ihrer Verfassungswidrigkeit vorzulegen“, so Karola Stange, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Menschen, die von Sanktionsentscheidungen der Jobcenter betroffen seien, sollten daher mit Verweis auf den am 27. Mai von der 15. Kammer des Sozialgerichts Gotha gefassten sogenannten Vorlagebeschluss an das Bundesverfassungsgericht um-

gehend beim zuständigen Jobcenter Widerspruch einlegen und einen Antrag auf Ruhen des Verfahrens bis zur Entscheidung in Karlsruhe stellen. Sollte das Bundesverfassungsgericht zugunsten der Betroffenen entscheiden, könnten dann auch andere Betroffene die Nachzahlung der gekürzten Beträge verlangen.

Zur Wahrung ihrer Rechte sollten sogar Betroffene, für deren Bescheide schon die Widerspruchsfrist abgelaufen ist, vorsorglich einen sog. Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X verbunden mit dem Ruhensantrag stellen, um auch diese nicht mehr laufenden Verfahren nachträglich doch noch auf Verfassungswidrigkeit überprüfen zu lassen. Auch hier wäre dann eine Nachzahlung der Kürzung Beträge möglich. „Eigentlich müssten die Job-

center bei in Rede stehender Verfassungswidrigkeit von Amtswegen diese Überprüfung zugunsten der Betroffenen einleiten, besser ist aber, wenn die Betroffenen selbst aktiv werden“, so Karola Stange.

Die LINKE-Sozialpolitikerin sieht in der Entscheidung des Sozialgerichts Gotha eine notwendige rechts- und sozialpolitische Konsequenz aus dem SGB II-Regelsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts von 2010, „denn wenn die vollen Regelsätze das unabdingbare sog. soziokulturelle Existenzminimum abbilden müssen, das von der Menschenwürdegarantie und dem Sozialstaatsprinzip verfassungsrechtlich verlangt wird, dann kann und darf es da keine Kürzungen mehr geben“, betonte die LINKE-Sozialpolitikerin. ■

KOMMENTIERT:

von Diana Skibbe

Stimme der Umwelt

„Zusammen ist es Klimaschutz“, so das diesjährige Motto des Tages der Umwelt am 5. Juni. Der UN-Aktionstag war beim ersten Weltumweltgipfel in Stockholm 1972 ins Leben gerufen worden, um mit unterschiedlichsten Veranstaltungen und Aktionen ökologische Courage zu fördern. Etwa 150 Staaten beteiligen sich seither an diesem World Environment Day.

Das Umweltprogramm (UNEP) ist die „Stimme der Umwelt“ bei den Vereinten Nationen – als Anwalt, Lehrer und Vermittler für nachhaltige Entwicklung. Es arbeitet mit verschiedenen Partnern zusammen, darunter UN- und andere internationale Organisationen, Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Akteure aus der Zivilgesellschaft. Die Arbeitsfelder nachhaltiger Umweltpolitik reichen vom Schutz des tropischen Regenwaldes bis zum Einsatz Wasser sparender Techniken, von der Förderung erneuerbarer Energien bis zur Verbesserung der Bodenqualität.

Private Haushalte belasten durch Kauf und Nutzung von Produkten und Dienstleistungen in erheblichem Umfang die Umwelt. Wichtig und die Art und Weise des Konsums: Werden energieeffiziente Geräte gekauft? Wie wird geheizt? Welche Urlaubsreisen werden unternommen? Wie werden Produkte entsorgt? Erheblich dabei ist natürlich die Höhe des verfügbaren Einkommens, mit dem tendenziell die Ansprüche an Wohnfläche, Ausstattungsgrad und Reiseaktivitäten und damit auch die Inanspruchnahme von Ressourcen steigen. Hinzu kommt die Haushaltsstruktur: Je mehr Personen in einem Haushalt wohnen, desto geringer ist der Ressourcenverbrauch pro Person. Die Zunahme an Ein-Personen-Haushalten führt tendenziell zu höherem Verbrauch.

Eine nachhaltige Entwicklung erfordert, den Ressourcenverbrauch deutlich zu senken. Und ich will betonen, wir haben nur diese eine Erde, und wir sind es unseren Kindern schuldig, auf unsere Lebensgrundlage zu achten. So sollte jeder bewusst und sorgsam mit den begrenzten Ressourcen und der Natur umgehen. Der 5. Juni ist eine gute Gelegenheit, sich bei den Veranstaltungen überall im Land zu informieren und der Einzigartigkeit unserer Welt bewusst zu werden.

Diana Skibbe ist Sprecherin für Verbraucherschutz der Fraktion ■

KURZ UND PRÄGNANT

Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre

Als einen Schritt, junge Menschen in ihren Rechten zu stärken, bezeichnete Kati Engel, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre. In sieben Bundesländern (Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) können Jugendliche bereits ab diesem Alter an Wahlen teilnehmen. Die Abgeordnete begrüßte die von der rot-rot-grünen Landesregierung auf den Weg gebrachten Gesetzentwürfe, mit denen das Kommunalwahlgesetz, das Wahlgesetz für den Landtag und die Thüringer Verfassung entsprechend geändert werden sollen. Nach der Beschlussfassung im Landtag könnten bei den nächsten Kommunalwahlen, aber auch bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, zusätzlich etwa 30.000 junge Thüringer stimmberechtigt sein. ■

Bildungsfreistellung: Blockade aufgeben

Als Fazit der Landtags-Anhörung zum Bildungsfreistellungsgesetz, sagte Torsten Wolf, dass am Gesetzentwurf der Landesregierung keine substantiellen Änderungen notwendig sein. Weder die angehörten Arbeitnehmervertreter, noch die Arbeitgebervertreter konnten aus Sicht sich des Abgeordneten prinzipiell die geplanten Regelungen im Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz in Frage stellen. An die Adresse der Arbeitgeber gewandt und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern im Durchschnitt zwei Wochen länger arbeiten, sieht Torsten Wolf, dass diese ihren Beitrag in den letzten 25 Jahren bereits erbracht haben. Er appelliert an die Thüringer Wirtschaft, ihre Blockadehaltung endlich aufzugeben und auch durch das umzusetzende Bildungsfreistellungsgesetz die Ungleichbehandlung zwischen Ost und West zu beenden.

Zugleich drückte der LINKE Abgeordnete seine Verwunderung über die Stellungnahmen eines Teils der Arbeitgeber aus: Offenbar hätten diese den Gesetzentwurf nicht gelesen. „Unisono konnten – oder wollten – sie nicht die Frage beantworten, wie sich denn das Bildungsfreistellungsgesetz in der konkreten Anwendung in anderen Bundesländern auf die Unternehmen auswirkt.“ Auch hätten von Arbeitgeberseite keine wirklich stichhaltigen Angaben über zu erwartende Kostenbelastungen gemacht werden können. ■

Geschehen noch nicht zu den Akten gelegt

Aus der Landtagsdebatte zu den Demonstrationen am ersten Maiwochenende

Eine parlamentarische Behandlung erfuhren die Vorgänge um einen Angriff von ca. 40 Neonazis auf eine 1. Mai-Kundgebung in Weimar sowie die zahlreichen Übergriffe und Gewalttaten von Nazis am Rande eines Aufmarsches des sogenannten „Dritten Wegs“ in Saalfeld vom gleichen Tag. Die CDU hatte sie zum Thema ihrer Aktuellen Stunde am 27. Mai im Landtag erkören und dabei erneut deutlich gemacht, welch eigenartiges Verständnis sie von parlamentarischen Gremien und den Beratungsgängen im Parlament hat.

Neben der Koalition und dem Innenministerium hatte nämlich auch die CDU-Fraktion eine Beratung der Vorgänge im Innenausschuss am 21. Mai, also eine Woche vor dem Plenartermin, beantragt. Aber noch davor hatte die CDU den Antrag zur Aktuellen Stunde eingereicht. Es ist ihr offenbar gleich, ob ein parlamentarischer Rahmen für die Aufarbeitung bereits existiert, und es ist ihr auch gleich, welche Ergebnisse diese Beratungen zeitigen.

So barg die Aktuelle Stunde selbst denn auch wenig Überraschendes. Die meisten Fragen auch der CDU-Fraktion waren bereits im Ausschuss durch die Landesregierung beantwortet worden. Auch hatte der Innenminister eine weitergehende Aufklärung der Vorfälle insbesondere von Saalfeld zugesagt und einen Bericht im Ausschuss und auch gegenüber der Öffentlichkeit angekündigt.

Im Gegensatz zu seinen CDU-Fraktionskollegen Mike Mohring und Wolfgang Fiedler verzichtete der Abgeordnete Raymond Walk in seiner Rede darauf, in, wie Steffen Dittes für die LINKE formulierte, „schamloser Weise (zu)

behaupten, die Übergriffe in Weimar hätten mit V-Leuten verhindert werden können“. Allerdings unterstellte auch Walk, es habe eine Warnung durch den DGB vor dem Überfall in Weimar gegeben und er vermutete hinter den offenkundigen Fehlern in Saalfeld ein Versagen bei der Einsatzplanung.

Tatsächlich waren in Saalfeld fast 100 Neonazis von der Polizei unbehelligt durch die Stadt gezogen und hatten mehrere Gegendemonstranten teils erheblich verletzt. Anschließend durften sie, ohne polizeiliche Maßnahmen fürchten zu müssen, an der Demonstration des „Dritten Wegs“ teilnehmen, aus der heraus fortwährend und ungeahndet Straftaten gegen Journalisten und Gegendemonstranten verübt wurden, während Polizeieinheiten damit beschäftigt waren, Gegendemonstranten von der Aufzugsstrecke fernzuhalten.

Unseriöse Unterstellungen von Mohring und Fiedler

Hier, und das betonten die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen Steffen Dittes (LINKE), Dorothea Marx (SPD) und Madeleine Henfling (Grüne) einhellig, wurden offenkundig Fehlentscheidungen getroffen und es sei eine umfassende Aufarbeitung und Fehleranalyse in Bezug auf Polizei-Kommunikation mit den Bundespolizeibehörden und vor allem auch der Versammlungsbehörde nötig. Andererseits erschließe sich aber nicht, wie von Planungsfehlern gesprochen werden könne, wenn zu Weimar keine Informationen vorlagen und außer in Saalfeld in den anderen vier Großeinsätzen der Thüringer Polizei an diesem Maiwochenende die polizeilichen Einsatzkonzepte weitgehend aufgegangen seien.

Zu Weimar stellte der Innenminister Holger Poppenhäger (SPD) klar, dass es keine vorab vorliegende Warnung durch den DGB oder auch eine Behörde in Thüringen oder in anderen Bundesländern gegeben habe. Die mittlerweile ermittelten 36 mutmaßlichen Täter kämen überwiegend aus den Ländern Brandenburg und Sachsen und seien so naturgemäß gar nicht im Fokus Thüringer Landesbehörden.

Dorothea Marx verwahrte sich in diesem Zusammenhang nochmals vor unseriösen Unterstellungen von Mohring und Fiedler, indem sie darauf verwies, dass spätestens seit dem NSU-Untersuchungsausschuss bekannt sei, dass V-Leute in Naziorganisationen keineswegs eine Gewähr für Informationen über geplante Aktivitäten böten. Als Beispiel nannte sie den mehrheitlich VS-Spitzeln organisierten Hess-Gedenkmarsch 1996 in Worms, der die Sicherheitsbehörden völlig überrascht hatte.

Steffen Dittes, der als einziger Redner ausdrücklich seine Anteilnahme für die in Saalfeld und Weimar durch Nazischläger Verletzten ausdrückte, verließ seiner Erwartung Ausdruck, dass seitens des Innenministeriums nach Abschluss der vom Innenminister skizzierten internen Auswertung ein offener Dialog mit den Opfern und Akteuren des zivilgesellschaftlichen Bündnisses in Saalfeld selbst zu den Fehlern und daraus resultierenden Konsequenzen zu führen sei.

Dies hatte der Minister bereits im Innenausschuss in Aussicht gestellt, er kündigte noch vor der Sommerpause einen Bericht an. Zu den Akten gelegt ist das Geschehen zum 1. Mai damit also nicht.

Steffen Trostorff ■

Sachliche und transparente Aufklärung statt wirrer Vorwürfe

„Unstrittig sind Fehler bei der versammlungsrechtlichen Bewertung und bei der Einsatzführung am 1. Mai in Saalfeld geschehen, die einer Aufklärung bedürfen. Wenn aber nun die CDU-Fraktion einen mehr als vier Wochen alten Tweet der Landtagsabgeordneten Katharina König benutzt, um ihr strafbewährtes Handeln tatsächlich zu unterstellen, dann geht es offenkundig weniger um Aufklärung als um den Versuch der Diskreditierung einer in Saalfeld für das Bündnis gegen den Naziaufmarsch engagierten Anmelderin“, hatte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, am 31. Mai die aus den Reihen der CDU erhobenen Vorwürfe gegen Katharina König zurückgewiesen.

Eine Straftat liegt dann vor, wenn Menschen an einer Versammlung in „einer Aufmachung, die geeignet und

den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern“, teilnehmen. Eine Straftat liegt dann nicht vor, wenn ein Verdecken des Gesichtes nicht der Verhinderung der Feststellung der Identität durch die Polizei dient, sondern dem Schutz davor, dass Bilder von Versammlungsteilnehmern durch Neonazis angefertigt und im Internet publiziert werden, so auch das Landgericht Hannover <<http://openjur.de/gericht-119.html>> in einem Urteil vom 20. Januar 2009.

Der Hinweis von Katharina König folgte – wie dem zitierten Tweet eindeutig zu entnehmen ist – der Feststellung, dass Versammlungsteilnehmer durch Neonazis abgefilmt wurden. „Dass die Angst für Teilnehmer an antifaschistischen Demonstrationen, Opfer eines neonazistischen Angriffes zu werden, nicht unbegründet ist, zeigt

der brutale Übergriff aus einer Gruppe von bis zu 80 Neonazis an eben diesem 1. Mai in Saalfeld, in dessen Folge zwei Menschen schwer verletzt wurden“, so Steffen Dittes.

Ungeachtet der wirren Vorwürfe und wilden Spekulationen aus den Reihen der CDU werden die Koalitionsfraktionen die für geschehene Fehler verantwortlichen Ursachen sachlich und transparent aufklären, um vor allem die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen zu können, damit eine Wiederholung ausgeschlossen werden kann. „Dies ist auch ausdrücklich ein Diskussionsangebot an diejenigen, die am 1. Mai in Saalfeld ihr Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Anspruch genommen haben, um gegen Neonazis zu demonstrieren, und aus dem unmittelbar Erlebten berechnete Fragen zum Geschehensablauf und zum Polizeieinsatz haben.“ ■

Der Finanzausgleich auf dem Prüfstand

Diskussion mit Kommunalpolitikern, Bürgermeistern und Landtagsabgeordneten

Fast drei Stunden diskutierten über 30 Thüringer Kommunalpolitiker, Bürgermeister, Landtagsabgeordnete und interessierte Bürger auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Landtag die aktuelle Situation der kommunalen Haushalte im Freistaat Thüringen. Im Mittelpunkt stand dabei der kommunale Finanzausgleich.

„Die kommunalen Hilfspakete der vergangenen Jahre machen deutlich, dass etwas mit dem seit 2013 geltenden Thüringer Finanzausgleichsgesetz nicht stimmt. Es ist schlicht auf eine andere kommunale Struktur ausgerichtet“, sagte Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, eingangs der Veranstaltung.

Er informierte über das kürzlich vom Landtag mit den Stimmen der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen beschlossene Kommunalfinanzübergangsgesetz, mit welchem die Kommunen in Thüringen im Jahr 2015 zusätzlich über 102 Millionen Euro vorrangig für Investitionen zur Verfügung gestellt bekommen.

Zudem kommen die von der alten Regierung zugesagten - aber nicht haushalterisch umzusetzen - 30 Millionen Euro Bedarfszuweisungen und drei Millionen Euro Winterdienstkosten hinzu. Daneben stehen in diesem Jahr den Thüringer Kommunen 1,853 Milliarden Euro Finanzausgleichsmasse zur Verfügung.

Frank Kuschel informierte bei der Veranstaltung im Landtag darüber, dass die Landesregierung beschlossen hat, den Kommunen in den Jahren 2016 und 2017 insgesamt 1,9 Milliarden Euro Finanzausgleichsmasse jährlich zur Verfügung zu stellen. Verbun-

den ist das mit einer umfassenden Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA).

Dabei geht es laut Frank Kuschel insbesondere darum, Anreize zur Erhöhung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der kommunalen Strukturen zu schaffen. In Thüringen weisen von den gut 840 Gemeinden 571 eine Einwohnerzahl unter 1000 auf, nur 123 Gemeinden verfügen über mehr als 3000 Einwohner.

„Da kann man nicht mehr Leistungsfähigkeit sprechen“, so die feste Überzeugung des LINKEN Kommunalexper-

Andreas Gliesing (Christliche Mitte/Gewerbeverein), Bürgermeister der Stadt Ranis, machte in der Diskussion deutlich, dass das Kommunalfinanzübergangsgesetz 2015 für den Haushalt seiner Kommune ein sehr wichtiger Bestandteil ist.

Klaus Bohl (Freie Wähler), Bürgermeister in Bad Salzungen, würdigte in seinem Beitrag den Umstand, dass vor der geplanten Reform des KFA kommunale Akteure in die Diskussion einbezogen werden. Insbesondere unterstütze er den Vorschlag zur stärkeren Berücksichtigung von Kurgästen. So



ten. Vorschläge zur Reform des KFA liegen auf dem Tisch. So soll die sogenannte Einwohnerveredelung künftig bei Gemeinden ab 5.000 Einwohner beginnen, die von Kindern unter sechs Jahren von 4,5 auf sechs Einwohner und die von Bedarfsgemeinschaften nach SGB II könnte von acht auf zwölf Einwohner gehoben werden.

Vorstellbar ist auch eine stärkere Berücksichtigung von Flüchtlingen, Kurgästen und Studenten in den Gemeinden. Das ist nur ein Teil der zahlreichen Vorschläge, die nunmehr in den kommenden Wochen diskutiert werden müssen.

befänden sich von 19 Kurorten in Thüringen 18 in einer prekären Haushaltslage.

Für Frank Persike (DIE LINKE), Bürgermeister der Stadt Bad Blankenburg, liegen die Probleme der kommunalen Haushalte in Thüringen vor allem in der Geschichte begründet, welche insbesondere die CDU zu verantworten habe. Diesen Probleberg müsse nunmehr die neue Regierung Stück für Stück abtragen. Die KFA-Reform wird im Herbst im Landtag diskutiert, um dann ab dem 1. Januar 2016 zu gelten.

Matthias Gärtner

Psychotherapeuten

„Die prekären Ausbildungsbedingungen der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen nicht länger ignoriert werden“, sagte MdL Christian Schaft anlässlich des Protests in Jena. Dringender Handlungsbedarf bestehe u.a. bei der Frage nach einer angemessenen Bezahlung praktischer Tätigkeiten, wie sie derzeit im Psychotherapeutengesetz vorgesehen sind. Problematisch sei vor allem, dass nach derzeitiger gesetzlicher Regelung Personen in der Ausbildung nicht den Status von Praktikanten haben und auch keine Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz darstellen. Damit entstehen ihnen erhebliche Nachteile bei der Vergütung sowie bei Vertretung ihrer Interessen.

Ehe

Die rot-rot-grüne Landesregierung strebt die völlige Gleichstellung homosexueller Paare mit der klassischen Ehe an, das Kabinett hat dazu eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Grundgesetzes beschlossen. „Das bahnbrechende Referendum in Irland zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare muss auch für die Gleichstellungsdebatte in Deutschland als Ansporn genutzt werden“, hatte auch Karola Stange gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, erklärt. „Die Gesellschaft ist längst weiter als die Politik“, sagte Ministerpräsident Bodo Ramelow gegenüber der Presse. „Die Ehe muss für alle geöffnet werden“. Es würden keine halben Lösungen gebraucht.

Tourismus

Die guten Ergebnisse der Tourismusentwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres belegten die klare Schwerpunktsetzung beim Tourismus durch die Landesregierung, so MdL Knut Korschewsky. Nun gelte es, „weiter in die Qualität des Tourismusangebots zu investieren. Zugleich ergeben sich so auch die notwendigen Spielräume für die erfolgreiche Umsetzung des Mindestlohns in der Branche. Dabei muss der Freistaat weiter darauf achten, dass Tourismus als ganzheitliches und landesweites Angebot entwickelt wird. Hier müssen insbesondere Kooperation und gemeinsame Lernprozesse initiiert werden“. Besondere Bedeutung komme dem Auslandsmarketing zu, sagte der Tourismuspolitiker.

VON A BIS Z:

Tierhaltung

„Mit ihrem Antrag mit dem demagogischen Titel ‚Schweinehaltung Ideologiefrei – Tierwohl: Ja. Behördenaktionismus: Nein‘ erweist die CDU-Fraktion den tierhaltenden Betrieben einen Bärendienst“, sagte Dr. Johanna Scheringer-Wright, Sprecherin für Agrarpolitik der Linksfraktion, zur Landtagsdebatte am 29. Mai. „Denn wenn bei Kontrollen festgestellt wird, dass sich Sauen in Kastenständen wundscheuern, dann müssen solche Missstände schon aufgrund des Tierschutzgesetzes, aber doch auch aus Mitgefühl für die Tiere, abgestellt werden.“ Zu behaupten, dass die ganz offensichtlich zu kleinen Kastenstände trotzdem den Mindestvorgaben entsprechen und deshalb nicht beanstandet werden dürften, sei sowohl Ausdruck eklantanten Fehlens von Mitgefühl, als auch für eine Verdrehung der Gesetzeslage. Der Vorstoß der CDU führe auch Landwirte in die Irre. Denn Tierschutzverstöße müssten abgestellt werden, „sie sind kein Kavaliersdelikt, sondern bringen eine ganze Branche in Verruf“.

„Zu lange ist in diesem Bereich zu wenig geschehen. Den Kontrollbehörden nun in die Parade zu fahren, weil sie ihre Pflicht erfüllen, ist einfach nur kontraproduktiv. Die Erhöhung des Tierwohls wird die Tierhaltung voranbringen und wird sich auch in mehr Akzeptanz der Branche niederschlagen“, ist sich die Agrarexpertin sicher. „Und darum muss es uns doch allen gehen: Eine nachhaltige Tierhaltung als Teilbereich einer nachhaltigen Landwirtschaft voranbringen.“

WICHTIGE TERMINE

Plenarsitzungen:

Die letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags vor der Sommerpause finden in der Zeit vom 17. bis 19. Juni sowie vom 8. bis 10. Juli statt.

Tag der offenen Tür:

Zu seinem Tag der offenen Tür lädt der Thüringer Landtag am Samstag, den 13. Juni, in der Zeit von 10 bis 18 Uhr ein. Die Linksfraktion präsentiert sich wieder mit ihrem Informationsstand vor dem Landtageingang sowie mit einem Café in ihrem Fraktionssitzungsraum „Käte-Duncker-Saal“.

Weitere Informationen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Tarifeinheitsgesetz ist verfassungswidrig

Zur Verabschiedung des Tarifeinheitsgesetzes am 22. Mai im Bundestag erklärte Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Das Tarifeinheitsgesetz ist eine verfassungswidrige Einschränkung des Streikrechts, es zielt darauf ab, die Rechte von Minderheitengewerkschaften zu beschneiden. Die SPD stellt sich auf Bundesebene gegen die Interessen der Beschäftigten, die sich in diesem Land gewerkschaftlich engagieren.“

Dabei werde besonders in den potenziell betroffenen kleinen Gewerkschaften das verfassungsrechtlich garantierte Streikrecht ausgehebelt. Bei konkurrierenden Gewerkschaften in einem Betrieb solle künftig nur der Tarifvertrag derjenigen Organisation anwendbar sein, die dort die meisten Mitglieder hat.

„Das ist doch eine Einladung an Unternehmen, sich so aufzustellen, dass Spartengewerkschaften gar keine Chance haben, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten“, kritisierte Rainer Kräuter scharf. Umgehend und sobald das Gesetz im Gesetzesblatt steht, wollen mehrere Gewerkschaften Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einreichen, unter ihnen der Deutsche Beamtenbund und die Ärztegewerkschaft Marburger Bund. ■

„Voll solidarisch“ mit streikenden Erzieherinnen

Torsten Wolf in der Landtagsdebatte zum Thema: „Frühkindliche Bildung für alle fördern“

Mit der Aktuellen Stunde zum Thema „Moderne Bildungspolitik jetzt: Frühkindliche Bildung für alle fördern“ gehe es der Linksfraktion um die neuen Herausforderungen einer gelingenden frühkindlichen Bildungspolitik, so der bildungspolitische Sprecher der LINKEN, Torsten Wolf, in seiner Rede im Landtag am 27. Mai.

Er verwies dabei auf den Thüringer Bildungsplan für Kinder bis zehn Jahre, der geprägt ist von einem am Kind orientierten, emanzipatorischen und partizipativen Ansatz, ganz im Sinne von Friedrich Fröbel: „Bei der Erziehung muss man etwas aus dem Menschen herausbringen und nicht in ihn hinein.“

Torsten Wolf sagte mit Blick auf das Thüringer Kindertagesstättengesetz, dass die hier „festgeschriebenen Standards unter Beteiligung der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure nach der kontroversen Auseinandersetzung mit der CDU-Familienpolitik“ festgelegt wurden.

Zuvor habe der frühere CDU-Finanzminister eine Standardabsenkung im Bereich Personal vorangetrieben, „welche zum Ziel hatte, pädagogische Arbeit schrittweise zu entwerten und geringer zu entlohnen“. Der LINKE-Abgeordnete weiter: „Thüringen hat seitdem einen vorderen Platz in der Kita-Finanzierung

eingenommen, seit 2009 gut 2.600 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher eingestellt und wir sind alle gehalten, dies auch unter schwierigen Haushaltsbedingungen weiter fortzuschreiben.“

Nur ein Drittel des pädagogischen Personals arbeitet in Vollzeit

Mit Verweis auf die mdr-Sendung „Fakt ist“ zum Thema „Streitpunkt Kita - Was ist Kinderbetreuung wert?“ am 18. Mai und den dort unterbreiteten Vorschlägen seiner Fraktionskollegin Margit Jung, sagte Torsten Wolf, dass es gelte, diese zu diskutieren, „denn nur, wenn das vom Land für die frühkindliche Bildung zur Verfügung gestellte Geld auch in den Kitas und bei den Tagesmüttern und -vätern auch wirklich ankommt und nicht über die Schlüsselmasse in Haushalts- und sonstigen Löchern in den Kommunen verschwindet, werden wir die hohen Thüringer Standards halten und zusätzliche Verbesserungen im System, ob über Gebührenfreiheit und/oder Betreuungsschlüssel, ermöglichen können“.

„Davon bin ich fest überzeugt und genau das sind die überwiegenden Erwartungen der Eltern und Träger an eine gerechte frühkindliche Bildungspolitik.“ Natürlich müssten sich die Kitas, „genau wie die gesamte Gesellschaft und insbe-

sondere der Bildungsbereich, immer wieder Herausforderungen stellen, welche sie meistern werden, wenn sie die entsprechende gesellschaftspolitische Unterstützung erhalten“.

Auf die auch von der Landeselternvertretung Kitas in Thüringen seit Jahren geforderte bessere tarifgerechte Bezahlung der Beschäftigten eingehend, betonte der Abgeordnete, dass die Linksfraktion „voll solidarisch mit den derzeit streikenden Erzieherinnen und Erziehern“ ist.

Dabei gehe es auch um eine deutliche Aufwertung des Berufs als pädagogischer Beruf, der in den letzten 20 Jahren eine deutliche Wandlung erfahren hat. Torsten Wolf unterstrich die hohe Verantwortung und Belastung. „Hier sei darauf verwiesen dass die Burn-out-Erkrankungen bei Erzieherinnen und Lehrern vergleichbar hohe Werte haben, und es ist zu hinterfragen, warum eine Aufwertung über die Entgeltgruppen nicht realisierbar ist und in einer Tarifverhandlung dazu noch kein akzeptables Angebot vorliegt.“

Er hoffe, dass „wir nicht einen zehnwöchigen Streik brauchen, um endlich zu einem Ergebnis zu kommen. Hinzu komme, in Thüringenarbeite lediglich ein Drittel des pädagogischen Personals in Vollzeit, „was die Einkommenssituation noch einmal verschärft“. ■

Mit Birgit Kelle, „Kämpferin eines neuen Feminismus“, am rechten Rand fischen

Als „umstrittene Publizistin“ wird Birgit Kelle in vielen Medien apostrophiert, sie selbst sieht sich als Kämpferin eines neuen Feminismus. Kelle, 1975 in Rumänien geboren, lebt seit 1984 in der Bundesrepublik. Sie brach ein Studium der Rechtswissenschaft in Freiburg ab, um Journalistin zu werden. Heute gilt die Mutter von vier Kindern als Star der Wutbürgerzene. Inhaltlich bewegt sie sich zwischen Rechtspopulismus und Verschwörungstheorie.

In einer aktuellen Veröffentlichung beschwört Kelle etwa die „Risikofaktoren“ der Krippenbetreuung von Kindern, die sie für allerlei schlimme – nur leider noch nicht erforschte und somit letztlich unbekannte – Krankheiten verantwortlich macht. Ausgerechnet Kelle wurde unter dem Titel „Erziehungsgeld - Quo Vadis?“ am 22. April von der CDU-Landtagsfraktion eingeladen. Das Ansinnen der Thüringer Regierungskoalition, das Landeserziehungsgeld (die „Althaus-Herdprämie“) abzuschaffen und die Mittel für ein beitragsfreies Kita-Jahr einzusetzen, weckt bei wackeren Christdemokraten den Furor. Auf der Homepage der CDU Thüringen firmierte die Veranstaltung denn auch gleich als „Familienforum“,

zu Gast sei „u.a. die bekannte Journalistin Birgit Kelle“. Eingeladen wurde ausdrücklich zu einer „spannenden Veranstaltung“, die es dann auch wurde: Zwei junge Frauen unterbrachen ein Statement Kelles mit Zwischenrufen – zogen sich die Blusen aus (wodurch der Schriftzug „Gender + Kelle = Gaga“ sichtbar wurde) und warfen Konfetti. Die Frauen bezeichnen sich als „Nacktivistinnen“ und gehören zur Gruppe „Hinter den Brüsten“. (Foto: Bericht TLZ v. 23.5.) Sie werfen Kelle vor, die sei zwar CDU-Politikerin, arbeite aber „herzlich gerne mit der AfD zusammen“. Zudem verweisen sie auf Kontakte zur neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Den Vorwurf, mit Rechtspopulisten gemeinsame Sache zu machen, beweist Kelle selbst durch die Autorschaft bei rechtslastigen Publikationen wie „Junge Freiheit“, „eigentlich frei“ oder „Freie Welt“ (gehört zum Umfeld der

AfD-Politikerin Beatrix von Storch). Den Katholizismus vertritt sie mit dem Eifer der Konvertitin (sie trat der katholischen Kirche erst 2011 bei) beispielsweise im „kath.net“, einer Internetseite, die laut „Spiegel“ tätig ist, um den „rechten Rand der Kirche zu munitio-



nieren“. Der Publizist Andreas Kemper hat Kelle im September 2014 in der „tageszeitung“ vorgeworfen, sie sei Rednerin bei einer Reihe von Veranstaltungen des „Regnum Christi“ gewesen, einer Unterorganisation der erzkonservativen katholischen Bruderschaft „Legionäre Christi“. Dieser Orden sei, so Kemper, „beim Vatikan eine Zeit lang in Ungnade gefallen, als die sexualisierte Gewalt in den Knabense-

minaren bekannt wurde, die vom Gründer der Legionäre Christi ausging“. Der Orden, inzwischen wieder besser gelitten, bildet laut Kemper auch „Exorzisten“ aus. Doch auch für die CDU Thüringen ist Kelle keine Unbekannte: schon im Mai 2014 war sie Gast beim Katholischen Arbeitskreis der CDU Thüringen. Der demagogische Titel der Veranstaltung: „Genderwahn und Bildungsideologie“. Bei Thüringens CDU-Katholiken ist auch der andere Teil des agilen Unternehmens Kelle präsent: Ehemann Klaus war im März 2015 in Erfurt zum Thema „Political Correctness – Wie gut sind Deutschlands Medien?“ zu Gange. Dort muss Herr Kelle – folgt man den Informationen des Arbeitskreises – „in gemütlicher Runde u.a. über den Einfluss der Medien und die letzte Landtagswahl in Thüringen“ schwadroniert haben. Verklausulierter Vorwurf der CDU-Katholiken: Journalisten würden „nicht die derzeitigen politischen Mehrheitsverhältnisse in Deutschland eins zu eins abbilden“. Wer allen Ernstes behauptet, durch parteiische Berichterstattung der Thüringer Medien sei die CDU nicht mehr in der Landesregierung, der dürfte freilich noch nie eines der einheimischen Blätter aufgeschlagen haben.

Stefan Wogawa ■

DAS THEMA

Was ist eigentlich los im 70. Jahr der Befreiung?

Zur Landtagsdebatte über den Gesetzentwurf für den 8. Mai als Gedenktag in Thüringen

Die Koalitionsfraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dem Landtag einen Gesetzentwurf zur „Einführung eines Gedenktages für die Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai“ vorgelegt, der in der Sitzung am 28. Mai in erster Beratung debattiert wurde und zu heftigen Auseinandersetzungen führte nicht zuletzt wegen eines Zwischenrufs des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring.

Dazu hatte die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Landesparteivorsitzende, Susanne Hennig-Wellsow, den Fraktions- und Parteivorsitzenden der Thüringer CDU, Mike Mohring, aufgefordert, sich dringend und unzweideutig zu seinen Aussagen zur Wehrmacht in der Landtagsdebatte zu erklären.

„Die Auffassung, die Wehrmacht sei im Zweiten Weltkrieg ´sauber geblieben´, ist absurd, widerspricht der Geschichtsforschung und bedeutet zu Ende gedacht Geschichtsrevisionismus. Spätestens mit der Ausstellung ´Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944´ und der breiten gesellschaftlichen Debatte darum kann und muss jeder um die Verbrechen der Wehrmacht wissen.“

Die LINKE-Politikerin weiter: „Die Wehrmacht verübte massenhaft aktiv Kriegsverbrechen und führte vor allem in Ost- und Südosteuropa einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Sie war unter anderem zentral am Völkermord an den sowjetischen Jüdinnen und Juden, an den Deportationen von Zwangsarbeitern, am Krieg gegen Partisanen, an der Ermordung von Geiseln und Kriegsgefangenen und an der Terrorisierung der Bevölkerung beteiligt. Wer heute den Mythos von der ´sauberen Wehrmacht´ weiter pflegt, macht sich der Geschichtsfälschung schuldig.“

Zwischenruf war laut und deutlich vernehmbar

„Sollte Mohring der Meinung sein, die Wehrmacht sei im Zweiten Weltkrieg ´sauber´ geblieben, ist er für eine demokratische Partei und Fraktion nicht mehr tragbar. Ich hoffe aber, er erklärt unzweideutig, dass er die historischen Fakten kennt, die Wehrmacht nicht für ´sauber´ hält und keinen Zweifel am verbrecherischen Charakter der Taten der Wehrmacht hegt“, sagte die Fraktionsvorsitzende und kündigte an, Herrn Mohring ein Exemplar des Buches „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944“, herausgegeben vom Hamburger Institut für Sozialforschung, zukommen lassen.

Mohring seinerseits wies die Vorwürfe zurück und empörte sich, dass der Zwischenruf – der allerdings laut und deutlich vernehmbar war – aus einem nicht autorisierten Protokollentwurf zitiert wurde.

In der Landtagsdebatte hatte nach

entsprechenden Äußerungen von Vordrednern Katharina König bereits zu Beginn ihrer Rede betont, dass sich schon die Frage stelle, an die CDU-Fraktion gerichtet, „was eigentlich los ist im 70. Jahr nach dem 8. Mai 1945, dass hier gesprochen wird über die Wehrmacht und inwieweit die Wehrmacht wirklich beteiligt war“ und „dass Geschichtsklitterung seitens der AfD-Fraktion betrieben wird“.

wortung zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass nie wieder Faschismus weitergetragen wird in der deutschen Gesellschaft und in Europa, und das insbesondere angesichts der zunehmenden Übergriffe, die wir heute wieder erleben, angesichts brennender Flüchtlingsheime, angegriffener Flüchtlinge, angesichts marodierender Nazi-Banden, die – wie erst kürzlich hier in Thüringen – durch Städte ziehen und

on weiter: „Wissen Sie, Herr Mohring, die Wehrmachtsausstellung hat insbesondere eines erreicht, dass die Legende von der sauberen Wehrmacht, wie sie bis dahin in Deutschland in der Mehrheitsbevölkerung verankert war, nicht mehr gehalten werden konnte.“ An dieser Stelle kam der von Mohring dann bestrittene Zwischenruf:

„Das sind doch nicht automatisch alles Verbrecher! Genau das Gegenteil! Sie machen aus einer sauberen Wehrmacht eine Verbrecherwehrmacht!“

Katharina König verwies darauf, dass die Wehrmachtsausstellung gezeigt hat, an wie vielen Verbrechen die Wehrmacht beteiligt war. „Sie hat auch gezeigt, dass sie an der Vernichtung jüdischer Menschen unter anderem in der Sowjetunion beteiligt war. Sie hat auch gezeigt, dass sie an unzähligen Kriegsverbrechen beteiligt war.“

Die Frage von Mohring erinnere sie „zumindest an die Kritik, die es in den 90er Jahren zur Eröffnung der Wehrmachtsausstellung gegeben hat aus rechtsoffenen Kreisen, die u.a. unter dem Demonstrationsmotto ‚Mein Opa war kein Verbrecher‘ auf die Straße gegangen sind, um gegen die Wehrmachtsausstellung zu demonstrieren“. Diese habe aber dazu beigetragen, „dass wir erstmalig kritisch reflektieren konnten und auch wissenschaftlich belegt bekamen, was die Wehrmacht mit verbrochen hat“.

Dieter Hausold: 1989 wäre nicht ohne den 8. Mai 1945 möglich gewesen

Und „anstelle sich jetzt darüber zu unterhalten, ob die Äußerung von Prof. Hoff eine Pauschalverurteilung darstellt, sollten wir vielleicht die Wehrmachtsausstellung hierher nach Thüringen holen, um denjenigen, denen die Verbrechen der Wehrmacht nicht bewusst sind, nochmals die Möglichkeit zu geben, sie zu erkennen und vielleicht im Anschluss ihre Fragen anders stellen zu können bzw. zurückzunehmen“. Katharina König abschließend: „Denn in dieser Form gibt es zumindest für mich einiges an Anschlussfähigkeit hin zu Äußerungen, die ich aus den 90er Jahren kenne.“

In der Debatte ergriff auch der LINKE-Politiker Dieter Hausold das Wort. Er sagte u.a.: „Eingedenk unserer kritischen Bewertung zur DDR, aber wenn man es sich genau überlegt, sicher wäre es aus heutiger Sicht gut gewesen für die Menschen in Ostdeutschland, dieser Weg hätte nicht so gegangen werden müssen, wie er sich unter Führung der SED im Abgehen von ihren Idealen usw. vollzogen hat. Aber trotzdem bleibt es geschichtlich eine Wahrheit: Auch die friedliche Revolution von 1989 wäre nicht möglich gewesen ohne den 8. Mai 1945.“



Man müsse sich die Frage stellen, „wie viel Erkenntnis denn vorhanden ist über das, was der 8. Mai 1945 bedeutet, und zwar nicht nur für uns, die wir heute hier sitzen, sondern insbesondere für diejenigen, die Dank des 8. Mai 1945 befreit wurden“.

Katharina König erinnerte daran, wie viele der Deutschen sich beteiligt hatten, „wie wenige überhaupt Widerstand geleistet haben und wie wenige überhaupt den Mund aufgemacht haben, gesehen haben und sich auch dazu geäußert haben (...) die industrielle Vernichtung von Menschen jüdischen Glaubens, die Vernichtung von Sinti und Roma, die Vernichtung von Homosexuellen, politisch Verfolgten, von Christen, von Menschen, die nicht in das Weltbild der Nationalsozialisten passten.“

Angesichts geschichtsklitternder Äußerungen

Und insofern ist der Tag ein Tag der Befreiung und insofern wollen wir den 8. Mai als Gedenktag hier in Thüringen verankern. Und das wollen wir im Jahr 70 nach 1945 auch deswegen, weil immer weniger Überlebende da sind, die uns erzählen können von dem, was sie erlebt haben in den Konzentrationslagern, und die uns erzählen können von der Befreiung.“ Es ist an uns, so die LINKE Abgeordnete weiter, „Verant-

worten willkürlich zusammenschlagen ohne Rücksicht, ohne Grenzen zu kennen, ohne die Menschenwürde auch nur im Geringsten zu achten. Und so halten wir es für notwendig, den 8. Mai als Gedenktag zu verankern, als Tag, an dem wir gedenken, an dem wir erinnern, an dem wir Verantwortung übernehmen (...) Wir müssen dies auch angesichts zunehmender geschichtsklitternder Äußerungen.“

Die Legende von der sauberen Wehrmacht

In diesem Zusammenhang verwies Katharina König auf eine Kleine Anfrage von Mike Mohring, in der er die Rede des Ministers für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefs der Thüringer Staatskanzlei, Prof. Dr. Benjamin Hoff (LINKE), zur Einordnung des 8. Mai zitiert und dazu Fragen gestellt hatte.

Zur Aussage des Ministers „Wir verdanken es der sogenannten Wehrmachtsausstellung, dass heute keiner mehr sagen kann, mein Großvater war kein Verbrecher, wenn er über seinen Wehrmachtsgroßvater sprach“ dann die Frage von Herrn Mohring: „Ist der Satz dahingehend zu verstehen, dass die Landesregierung bis zum Beweis des Gegenteils jeden Soldaten der Wehrmacht für einen Verbrecher hält?“ Dazu die Abgeordnete der Linksfrakti-

„Demokratie ist kein Sofa“

Einladung zur Tagung zum Ausbau der direkten Demokratie in Thüringer Kommunen

Wie in den vergangenen Jahren findet auch in diesem Jahr wieder eine Demokratietagung, veranstaltet von den Landtagsfraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Zusammenarbeit mit dem Bündnis Mehr Demokratie in Thüringen statt (am Dienstag, den 23. Juni).

Thematischer Schwerpunkt ist diesmal die direkte Demokratie auf kommunaler Ebene und deren Weiterentwicklung.

Mit dem Volksbegehren Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen und dem nachfolgenden parlamentarischen Beratungsprozess konnten gegen den Widerstand der in der vierten Wahlperiode allein regierenden CDU schon wichtige Bausteine, wie die Senkung der Quoren und die Einführung von Bürgerbegehren auf Landkreisebene, durchgesetzt werden.

Es sind aber noch Baustellen offen geblieben. Unter dem Veranstaltungstitel „Demokratie ist kein Sofa“ soll es nun um die weitere Optimierung der Verfahrensabläufe bei Bürgerbegehren

und Bürgerentscheiden sowie Einwohneranträgen gehen. Diskutiert werden soll z.B. über die Einführung des Ratsbegehrens, die Schaffung eines verpflichtenden Referendums bei Entscheidungen, vor allem Veräußerungsplänen, zu kommunalen Einrichtungen und Unternehmen der Daseinsvorsorge, also z.B. Abfallentsorgung, Wasserversorgung.

Aber auch die Einführung von Bürgerbegehren zur Abwahl von Bürgermeistern und Landräten und die Einführung einer Verpflichtung der Verwaltung zu aussagekräftigen Informationen an alle Haushalte vor Bürgerentscheiden und deren konkrete Ausgestaltung sollen Themen sein.

Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Bündnisses Mehr Demokratie in Thüringen wird eine Einführung zur kommunalen direkten Demokratie und dem Stand des Entwicklungsprozesses in Thüringen geben. Danach ist vorgesehen, dass sowohl Ministerpräsident Bodo Ramelow (in einem Grußwort) als auch drei aktive Funktionsträger/innen aus der Kommunalpolitik unter dem Motto „Starke Kommunen brauchen starke

Bürgerinnen und Bürger“ ihre Sicht und Anforderungen an eine funktionierende direkte Demokratie auf kommunaler Ebene in Thüringen einbringen.

Dann beschäftigt sich Prof. Hans Meyer, Mitglied im Kuratorium Mehr Demokratie, als Referent mit der direkten Demokratie in Thüringer Kommunen und informiert auch über Entwicklungen in anderen Bundesländern.

Ebenso vorgesehen ist eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Koalitionsfraktionen, dem Bündnis und jeweils einem Vertreter des Gemeinde- und Städtebundes und des Landkreistages. Auf der Veranstaltung wird – wie in den vergangenen Jahren schon – auch genügend Platz für Nachfragen und Diskussionen unter Einbeziehung aller Teilnehmer sein.

Alle Demokratie-Interessierten, ob engagiert in Initiativen und Vereinen oder als Einzelpersonen, sind herzlich eingeladen zur Demokratietagung „Demokratie ist kein Sofa“ am Dienstag, 23. Juni, in der Zeit von 14 bis ca. 18.30 Uhr in Raum F 101 im Landtag in Erfurt. ■

Wie in Thüringen die Kitas finanziert werden

Rund 86.000 Kinder besuchen derzeit Kindertagesstätten in Thüringen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 605 Millionen Euro. Ein Kita-Platz kostet durchschnittlich etwas mehr als 7.000 Euro im Jahr. Die Kosten teilen sich Eltern, Kommunen und das Land. Das Land zahlt 188 Millionen Euro besondere Finanzzuweisungen. Diese werden zweckgebunden ausgezahlt pro besetztem Platz für die Ein- bis Dreijährigen. Für Kinder zwischen drei und sechs Jahren erfolgt die Auszahlung pro gemeldetem Kind an die Wohnsitzgemeinde.

Weitere 125 Millionen Euro werden steuerkraftabhängig über die Schlüsselzuweisungen gezahlt. Dazu kommt, dass Kinder unter sechs Jahren zusätzlich als 4,5 Einwohner angerechnet werden. Dies entspricht einem rechnerischen Betrag von rund 2.200 Euro im Jahr. Hinzu kommen noch 17 Millionen Euro Investitionszuschüsse für den Kita-Bereich (1.000 Euro pro Neugeborenes). Insgesamt zahlt also das Land 330 Millionen Euro. Die Elternbeiträge summieren sich auf fast 92 Millionen Euro. Das sind ca. 1.100 Euro pro Platz und Kind im Jahr. Die Eltern tragen somit durchschnittlich 15 Prozent der Gesamtkosten. Jedoch muss dabei berücksichtigt werden, dass rund 20 Millionen Euro an Elternbeiträgen von den Jugendämtern getragen werden. Die Kommunen finanzieren die Kindertagesstätten mit 183 Millionen Euro, unter Berücksichtigung der 20 Millionen Euro Übernahme der Elternbeiträge durch die Jugendämter beträgt die kommunale Kostenbeteiligung 203 Millionen Euro.

mdL Frank Kuschel ■

„Deutsche Burschenschaft“ unerwünscht

Am letzten Mai-Wochenende hat der extrem rechte Akademikerbund „Deutsche Burschenschaft“ (DB) erneut seinen jährlichen „Burschentag“ in Eisenach ausgerichtet. Dazu Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion: „Anlässlich des 200-jährigen Jubiläums der Urburschenschaftsgründung muss festgestellt werden, dass die Deutsche Burschenschaft kontinuierlich nach rechts gerückt ist. Die im Dachverband verbliebenen Studentenverbindungen stehen für antidemokratische und völkisch-nationalistische Traditionen und Positionen. Zu Recht gehen von der Deutschen Burschenschaft frequentierte Städte, wie Marburg, Innsbruck und Eisenach, auf Distanz zu dem Verband.“

Die Stadt Eisenach hatte vor zwei Jahren den Vertrag für die bislang genutzte Werner-Aßmann-Halle gekündigt, dieser läuft 2017 aus. Auch die Wartburgstiftung weigert sich, den Wartburghof weiter an die „Deutsche Burschenschaft“ zu vermieten.

Die DB hatte die Eisenacher Bürgermeisterin Katja Wolf (LINKE) dafür angegriffen. In einer Mitteilung hieß es auch, der „Versuch, die Deutsche Burschenschaft loszuwerden“, würde dazu führen, „die Stadt in den finanziellen Abgrund zu stürzen“. Katharina König dazu: „Möglicherweise haben sich die Burschenschafter bei den vielen Fechtmessungen bleibende Schäden zugezogen und leiden nun unter Realitätsverlust. Dass sich einmal im Jahr 300 Burschenschafter in ihrer Verkleidung treffen, um über völkische Ideologie, Ariernachweis und Co. zu debattieren, einen Fackelmarsch zelebrieren und sich danach rituell besaufen, davon ist

weder Eisenach noch irgendeine andere Stadt abhängig. Gut und gerne kann man auf solche Besuche verzichten.“

Der Rechtsruck der DB fand zu Jahresbeginn seinen neuerlichen Höhepunkt. Dass Anfang 2015 der Vorsitz der 'Deutschen Burschenschaft' ausgerechnet an die äußerst rechtslastige 'Germania Marburg' übertragen wurde, die das mit einer Feier zum Gedenken an die Gründung des 'Deutschen Reiches' kombinierte, offenbart den Charakter des Verbandes. Die Entwicklung der DB und ihrer Mitgliedsverbände, in denen es zahlreiche Verbindungen in die neonazistische Szene gibt, gelte es weiterhin zu beobachten. „So lange die 'Deutsche Burschenschaft' in ihrer bisherigen Zusammensetzung nach Eisenach pilgert, so lange ist es auch nötig, dem reaktionären Treiben nationalistischer Männerbünde entgegenzutreten.“ ■

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Merkel laviert

Bundeskanzlerin Merkel (CDU) reagierte dann doch: in der „Süddeutschen Zeitung“ wies sie längst kursierende Vorwürfe zurück, ihr Kanzleramt habe im Zusammenhang mit einem angeblich geplanten „No-Spy-Abkommen“ mit den USA gelogen. Merkel dazu: „Natürlich nicht. Es gab zwischen der amerikanischen Seite und uns Gespräche, die es möglich erscheinen ließen, ein solches Abkommen zu vereinbaren.“

Merkels Intimus Ronald Pofalla hatte 2013, nur wenige Wochen vor der Bundestagswahl, großspurig verkündet, die USA hätten den Abschluss eines solchen Abkommens angeboten. Nach den für die deutsche Regierung so desaströsen Enthüllungen über die Komplettüberwachung durch den US-Geheimdienst NSA sollte das der Befreiungsschlag werden. Doch Merkel, so heißt es heute, habe längst gewusst, dass die US-Regierung lediglich zu einer unverbindlichen Prüfung bereit war. Das „No-Spy-Abkommen“ scheiterte kläglich. Dennoch gibt sich Merkel reichlich politmasochistisch auch heute „zutiefst davon überzeugt“, dass im Interesse der Sicherheit der hiesigen Bürger die Geheimdienstzusammenarbeit mit den USA notwendig sei.

Und auf die Frage, ob ihr angelegentlich eigener Betroffenheit gegenüber Satz noch gelte, dass das Abhören unter (politischen) Freunden nicht gehe, meint sie: „Ich habe im Juli 2013 gesagt, dass der Zweck nicht die Mittel heiligt.“ Ihr Satz über das Abhören unter Freunden beschreibe zwar nur einen Grundsatz, den sie aber dennoch für wichtig halte. Merkels trauriger Satz hat inzwischen noch weit größere Bedeutung erhalten. Es ist bekannt, dass der deutsche BND im Auftrag der NSA wohl europäische Partnerstaaten ausspioniert hat. Wie hat einst Arthur Schopenhauer schön gesagt: „Was dein Feind nicht wissen soll, das sage deinem Freunde nicht.“ ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.